

# Kösliner Volksblatt

vorm. Fürstentümer Zeitung  
General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechsgespaltene Kleinzeile 30 Pfg.; Reklame kostet die dreigespaltene Kleinzeile 90 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preisermäßigung.

Nr. 163.

Mittwoch, den 16. Juli 1919.

17. Jahrgang.

## Holland gegen die Auslieferung des Kaisers.

### Tageschau.

Ein amerikanisches Bankkonsortium will mit Genehmigung der amerikanischen Regierung Deutschland einen Kredit von einer Milliarde einräumen zum Ankauf von Rohstoffen.

Die Kaiserin hat nach holländischen Meldungen an die Königin Wilhelmina ein Telegramm gerichtet gegen die Auslieferung des Kaisers.

Im amerikanischen Senat ist eine Mehrheit gegen den Völkerbund vorhanden.

Die Direktionen der Berliner Verkehrsvereine fordern in einem Ultimatum die Angehörigen auf, die Arbeit wieder aufzunehmen, widrigenfalls sie am Donnerstag entlassen werden.

In der Nationalversammlung wird am Mittwoch Reichswirtschaftsminister Schmidt grundsätzliche Darlegungen über das Wirtschaftsprogramm vorbringen.

Ueber den Regierungsbezirk Straßburg ist der Belagerungszustand verhängt worden.

### Holland liefert nicht aus.

Von zuverlässiger Seite wird unserer Berliner Schriftleitung versichert, daß Holland in der Frage der Auslieferung des Kaisers durchaus fest steht. Auch dann, wenn die deutsche Regierung selbst die Auslieferung des Kaisers an die Entente verlangen würde, würde Holland eine Auslieferung nicht zulassen. Nur dann, wenn der Kaiser selbst den Wunsch äußert, Holland zu verlassen, würde man seiner Absicht nichts in den Weg legen.

Das Reutersche Bureau meldet, daß in der Sitzung des englischen Unterhauses Kenworthy fragte, ob in Anbetracht der zunehmenden Abneigung gegen die Abhaltung des Prozesses gegen den Kaiser in London die Regierung neue Überlegungen darüber mit den alliierten und assoziierten Regierungen erwäge. Bonar Law erwiderte, er könne der Erklärung des ersten Ministers vom 3. Juli nichts hinzufügen.

Der frühere englische Vordanzler Lord Buchmaster, eine Autorität auf dem Gebiete des internationalen Rechts, schreibt zu den Verhandlungen gegen den deutschen Kaiser: Es besteht kein Gesetz, kraft dessen er verurteilt werden kann, und keine in den Gesetzbüchern verzeichnete Strafe kann ihm auferlegt werden. Daher will kein englischer Richter von einem solchen Verfahren etwas wissen. Zu einer solchen Aufgabe würde sich kein englischer Richter bereit erklären. Lord Buchmaster sieht nicht ein, auf Grund welcher Autorität die Alliierten die Niederlande um Auslieferung des vormaligen Kaisers ersuchen könnten. Es handele sich um ein politisches, nicht um ein persönliches Vergehen, und kein Vertrag gebe den Alliierten das Recht, unter den bestehenden Verhältnissen die Auslieferung des Kaisers zu fordern. Die Niederlande würden sich zweifellos weigern, jemanden auszuweisen, der ihre Gastfreundschaft genieße.

### Generalstreik am 21. Juli auch in Italien.

Laut „Avanti“ haben die italienischen Reformsozialisten die Teilnahme an dem Ausstand am 20. und 21. Juli beschlossen, ebenso der katholische Gewerkschaftsbund, der nach Angabe seines Sekretariats 550 000 Mitglieder zählt, und der katholische Eisenbahnerbund. Der Ausstand soll eine Protestkundgebung der Massen gegen den Versailler Frieden sein. Auch die Post-, Telegraphen- und Telephonangestellten werden teilnehmen.

„Ecolo“ wendet sich scharf dagegen und wirft ihnen Pflichtvergessenheit vor. Er erklärt, daß die ganze Bewegung auf einen revolutionären Ausstand hinauslaufe.

### Tilsit und Memel.

#### Empfang der Engländer durch Litauer.

Nach Meldungen der „Tilsiter Zeitung“ weist in Tilsit eine Entente-Kommission. Sie wurde vom Tilsiter Landrat empfangen. Die Litauer haben gefordert, daß Tilsit auch abgetrennt werde. Die Entente-Kommission prüft die litauischen Angaben.

Memel wird am 21. Juli von englischen und später von litauischen Truppen besetzt werden. Die Litauer planen große Feierlichkeiten zum Empfang der Engländer. Vertreter der Tilsiter litauischen nationalen Tariba sind nach Memel geeilt, um Vorbereitungen für den Empfang der Engländer zu treffen.

#### Heimkehr der Armeemasken.

Wie die Wiener Blätter melden, werden die in Ungarn interniert gewesenen deutschen Soldaten mit Generalfeldmarschall Mackensen in den nächsten Tagen auf dem Wege nach Deutschland durch Wien kommen und sich hier einige Tage aufhalten.

### Der Belagerungszustand über einen Teil Pommerns verhängt.

Der Kommandierende General des zweiten Armeekorps erläßt verschiedene Bekanntmachungen, nach denen der Belagerungszustand, der bisher auf das Gebiet von Stettin beschränkt war, weiter ausgedehnt wird auf die Landkreise Demmin, Anklam, Uckermark, Randow, Ostpreußen und den Regierungsbezirk Straßburg.

In der Hauptsache sind diese Anordnungen in der Bewegung der Landarbeiter begründet, unter denen Kräfte am Werke sind, zu einem Generalstreik während der Ernte zu veranlassen.

### Vom Schmachfrieden.

Artikel 177.

„Erziehungsanstalten, Universitäten, Schieß-, Sport- oder Wanderverbindungen und überhaupt Vereinigungen jeglicher Art dürfen sich mit keinerlei militärischen Dingen beschäftigen.“

Inbesondere ist es ihnen verboten, ihre Mitglieder im Gebrauch von Waffen zu unterrichten oder auszubilden oder ihnen zu erlauben, sich hierin auszubilden zu lassen.“

Zu einem Volksstaat gehört geradezu das Recht des einzelnen, sich in den Waffen zu üben, damit er jederzeit bereit sei, wenn das Vaterland ruft. — Der deutsche Volksstaat muß bei seiner Geburt auf dieses Recht verzichten und sich zu ewiger Knechtschaft verpflichten.

Artikel 305.

(gekürzt).

„Auf die Güter, die aus den Gebieten der alliierten und assoziierten Mächte kommen und nach Deutschland bestimmt sind (oder Deutschland im Transitverkehr passieren), finden auf den deutschen Eisenbahnen die günstigsten Bestimmungen Anwendung die für Güter derselben Art gelten, welche auf irgend einer deutschen Linie befördert werden.“

Die Tarife unserer Staatsbahnen zeigen eine große Mannigfaltigkeit und sind zum Teil, um irgend eine Industrie, auf der der Wohlstand eines Landstriches beruht und die sich gegen die Konkurrenz schwer behaupten kann, zu unterstützen, sehr niedrig gehalten. Ein solcher Ausnahmetarif kommt nun auf allen Bahnen gleichartigen Waren der alliierten und assoziierten Mächte zugute, zum Schaden der Einnahmen unserer Eisenbahnen und auch zum Schaden unserer Industrie.

### Bewährung erweiterter Autonomierechte an die preußischen Provinzen.

Die preußische Verwaltung ist stets von dem Gedanken ausgegangen, daß Preußen bereit sei im Reiche auszugehen. Da indessen zur Zeit der Uebergang zum Unitarismus durch bundesstaatliche Hemmungen außerhalb Preußens gehindert ist, sucht die preußische Verwaltung den Zusammenhalt des preußischen Staates durch eine zweckmäßigere Gestaltung des Verhältnisses der Zentralregierung zu den Provinzen sicherzustellen. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, hat das Staatsministerium in der Sitzung vom 12. Juli beschlossen, einen Gesetzentwurf über die Einräumung erweiterter Selbständigkeitsrechte an die Provinzialverbände unverzüglich der Landesversammlung vorzulegen, um vor deren Auseinandergehen noch seine Durchberatung zu erreichen. In diesem Gesetze wird dem Provinziallandtag das Recht der statutarischen Regelung solcher Fragen der Schul- und Kommunal-Verfassung eingeräumt, die der Provinzialbevölkerung nach den gemachten Erfahrungen ganz besonders am Herzen liegen. Bei den Fragen der Schulverfassung wird man besonders an die Erteilung des Religionsunterrichts in den Volksschulen und den Gebrauch der Muttersprache in den gemischtsprachigen Landesteilen zu denken haben.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Einräumung des provinziellen Statutarrechts in Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung. Der herrschende Gedanke ist hier der, daß der Provinziallandtag durch das Statut einigen Vertretern der breiten Schichten der Bevölkerung eine Beteiligung an der Verwaltung einer Staatsbehörde innerhalb der Provinz, also etwa der Bezirksregierung ermöglichen kann. Diese Vertreter, als Beirat in geringer Anzahl organisiert, würden periodisch am Sitze der staatlichen Behörde, der sie beigegeben sind, zusammen zu treten und an den Vorstand dieser Behörde Wünsche, Anregungen und Beschwerden aus der Provinzialbevölkerung heranzubringen haben. Dem Provinzial-Landtage würde es freistehen, die Zusammensetzung und die Art der Wahl dieser Beiräte statutarisch zu bestimmen.

In letzter Linie will der Gesetzentwurf dem Provinzialauschuß das Recht einräumen, vor Besetzung der wichtigsten Staatsstellen, d. h. der Stellen der politischen Beamten der Provinz, mit seinem Votum gehört zu werden.

Was Oberschlesien betrifft, das bekanntlich zur Zeit einen Regierungsbezirk, aber keine Provinz bildet, so will die Staatsregierung für die Zeit, nachdem die Abstimmung zu seinem Verbleiben bei Preußen geführt haben wird, die Bildung einer besonderen Provinz Oberschlesien erwägen. Damit würde auch Oberschlesien von den erweiterten Autonomierechten, die der Gesetzentwurf den Provinzen zuerkennen will, Nutzen ziehen können.

— Anfragen der Deutschnationalen Volkspartei in der Preussischen Landesversammlung. Die deutschnationalen Abgeordneten von Kessel und Menzel (Stettin) haben in der Preussischen Landesversammlung folgende Anfrage gestellt: Die trüben Aussichten der Zuckerverfertigung für das nächste Betriebsjahr fordern die günstigste Ausnutzung der Rübenenernte dieses Jahres. Zu diesem Zwecke ist es erforderlich, daß der Landwirtschaft und den Zuckerrüben rechtzeitig ausreichende Arbeitskräfte sichergestellt werden; auch sind den Fabriken beizutragende Kohlenvorräte zur Verfügung zu stellen. Was gebent die Staatsregierung in dieser Beziehung zu tun?

Die deutschnationalen Abgeordneten D. Reinhard und Genossen haben in der Preussischen Landesversammlung folgende Anfrage gestellt: Hat die Staatsregierung bereits die erforderlichen Vorbereitungen getroffen, bezw. nach welcher Richtung und in welchem Umfange, um durch Staatsverträge die im Friedensvertrag verbürgten Rechte der evangelischen Kirche in den an Polen abgetretenen Landesteilen im einzelnen sicherzustellen?

### Die neuen Steuern.

Von Albert Arnstadt, M. d. R.

Zehn Steuergesetze sind der Nationalversammlung zugegangen, wovon drei noch vor den Sommerferien erledigt werden sollen, nämlich die außerordentliche Kriegsabgabe vom Mehreinkommen, die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs und die Erbschaftsteuer, und dahinter steht schließlich die große Vermögensabgabe, welche in nächster Zeit der Nationalversammlung zugehen soll. Es ist somit reichlich dafür gesorgt, daß der Wille des Reichspräsidenten, den Besitz wegzusteuern, zur Durchführung gelangt. Eines der wesentlichen Ziele der Sozialdemokratie, die Gleichmacherei, wäre dann vollkommen erreicht und der Kampf gegen den Kapitalismus siegreich bestanden. Daß sich dieser Prozeß möglichst rasch entwickelt, dafür sorgt die Revolutionsregierung. Noch ist der Nationalversammlung nach sechsmonatlichem Zusammensein keine Rechenschaft abgelegt worden über die Milliardenvergeudung durch die Revolution, was die Arbeiter- und Soldatenräte verwirrt haben. Noch wird aus dem Vollen gewirtschaftet, als wenn Deutschland unerschöpfliche Hilfsquellen hätte, für Arbeitslose und Arbeitschene werden ungeheure Summen ausgegeben. 1½ Milliarden Mark sind jetzt, nachdem seinerzeit der Reichsernährungsminister Schmidt erklärte, daß er es nicht wage, zu diesem Zwecke Mittel zu verlangen, zur Verbilligung der ausländischen Nahrungsmittel bereit gestellt, während man das inländische Getreide durch Höchstpreis auf ein Fünftel des Weltmarktpreises hält und insolgedessen vielleicht größere Mengen als man einführt, durch den Schleichhandel über die Grenze gehen läßt. Ein Etat, der die Regierung die erforderlichen Einnahmen ausser Acht, ist nicht aufgestellt, dafür hat sie sich von der Mehrheit für die nächsten drei Monate weitere sechs Milliarden bewilligen lassen. Sparjamkeit findet man nirgend. Schaffung von neuen Ministern, Unterstaatssekretär- und Ministerialdirektorstellen gehören zur Tagesordnung. Noch unwidersprochen ist das Gerücht, daß Minister, welche 14 Tage im Amte waren, die Höchstpension von 27 000 Mark beziehen, während unter dem alten Regime diese Höchstpension selbst alte ergrante Minister, die von Jugend auf im Staatsdienst standen, nur ausnahmsweise bezogen. Steuern wir unter diesen Verhältnissen nicht mit Riesenschritten dem Staatsbankrotte entgegen? —

Daß nun aber Herr Erzberger Reichsfinanzminister sich bietet uns sicher keine Garantie dafür, daß dieses Ende mit Schreden vermieden würde. Mit seinem ewigen Lächeln hat er uns in der Waffenstillstands- und Friedenskommission dem politischen und militärischen Untergang entgegengeführt und uns bereits an den wirtschaftlichen Abgrund gebracht. Er wird sein Werk auch mit demselben Lächeln vollenden.

Neue drückende Steuern für den Besitz sind unvermeidlich. Damit müssen wir uns abfinden. Aber man sollte sich doch klar machen, daß diese Riesensummen, welche wir unbedingt brauchen, nicht nur von einer schwachen Oberschicht getragen werden können, und daß auch Steuern erforderlich sind, die von der breiten Masse des Volkes getragen werden müssen. Aber die Vorlagen, welche uns als indirekte Besteuerung zugegangen sind, sind so mager, daß sie kaum zu Buche schlagen. Die Revolutionsregierung will es selbstverständlich mit den Massen nicht verderben und glaubt deren Beifall zu finden, wenn es den Besitz bis zum weiskluten heranzieht.

Die volkswirtschaftlichen Folgen scheint man nicht zu übersehen. Die Produktion setzt sich beinahe ausschließlich aus Kapital und Arbeit. Ohne Kapital kann die Arbeit nicht zur Geltung kommen. Diesen grundlegenden Grundsatz der Volkswirtschaft scheint die Regierung nicht zu kennen. Sie sieht alles Heil in der Sozialisierung, in der Planwirtschaft, einer bankrotten Liquidierung unseres ehemaligen Volksvermögens. Dieses durch Steuern und Konfiszierung den Besitzenden zu entziehen, ist ihr nächstes Ziel, und mit teuflischem Lächeln verfolgt die Entente diese Absicht. Die Revolution ist unsere Regierung, um dann, wenn die große Vermögensabgabe durchgeführt ist, die Hand darauf zu legen.

Meines Erachtens müßte es sich nur darum handeln, so viel Steuern jetzt aufbringen, um den Staat zu balancieren, und die Schuldentilgung müßte Aufgabe der nächsten 100 Jahre sein. Das Volksvermögen muß für die Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens aber erhalten bleiben, wenn wir überhaupt wieder hoch kommen wollen.

Wir haben nichts dagegen, wenn man die Kriegsgewinne in weitgehendster Weise heranziehen will und auch den Vermögenszuwachs entsprechend heranzieht. Auch in der Erbschaftsteuer halten wir unseren alten ablehnenden Standpunkt nicht mehr aufrecht. Aber was ist von den Kriegsgewinnen heute noch vorhanden? — Die Miswirtschaft und Lohnerniedrigungen haben in der Industrie den größten Teil in andere Hände überführt, und die Schieber und Wucherer haben ihren Raub wohl zum größten Teil in Sicherheit gebracht, so daß für das Reich hier nicht viel mehr zu holen sein wird. Um aber hier einen Ausgleich zu schaffen, sehen die Gesetze Maßnahmen vor, um vermeintliche Gewinne, die überhaupt nicht vorhanden sind, als Kriegsgewinne zu erfassen. Ramenticht für die Landwirtschaft droht hier eine schwere Gefahr, indem man den „Verkaufswert“ als gemeinen Wert erfassen will. Dies gilt nicht nur bei der Vermögenszuwachssteuer, sondern auch bei der Erbschaftsteuer.

Die drei direkten Steuern stellen schon ganz erhebliche Belastungen dar. Vom Mehreinkommen werden von den ersten 10 000 Mark fünf vom Hundert steigend bis über hunderttausend Mark 50 vom Hundert erhoben. Beim Vermögenszuwachs ist eine Zunahme von 5000 Mark mit zehn vom Hundert steuerpflichtig und über 200 000 Mark hinaus tritt volle Konfiszierung ein. Die Erbschaftsteuer sichert zunächst eine Nachlasssteuer, beginnend mit 20 000 Mark und 1 vom Hundert steigend bis zu fünf vom Hundert. Jeder Erbanfall



Wohl fünfzigtausend Mark ist bei breiter Vererbung von Eltern auf Kindern mit 4 bis 20 vom Hundert steuerpflichtig, während der weiteste Grad der Verwandtschaft mit 15 bis 50 vom Hundert zur Steuer herangezogen werden soll. Hierzu kommen dann noch Zuschläge von 10 bis 50 vom Hundert, wenn der Erbe bereits ein Vermögen von über 100.000 Mk. besitzt.

Aus dem Kindeserbe soll alljährlich eine Steuer von rund dreihundert Millionen Mark herangezogen werden. Manche Härtten der Kindeserbssteuerung werden noch gemildert werden müssen, wenn die Nachlass- und Erbschaftsteuer für die Landwirtschaft erträglich sein soll.

Die Krone dieser Beschlüsse stellt aber die große Vermögensabgabe dar, welche noch ansteht. 60 bis 70 Milliarden Mark, mit einer Abgabe von 20 bis 60 vom Hundert, soll dieselbe bringen. Für den im Vertriebe angelegten Vermögenswert ist die Aufrechterhaltung in Frage gestellt. Für die Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens ist eine solche Vermögensabgabe eine Lebensfrage, die auch für die breiten Massen der Arbeiter von der größten Bedeutung ist.

Man will diese Vermögensabgabe zur Abtragung eines Teils der Kriegsschulden verwenden. Es fragt sich nur, ob unsere Feinde, die nach dem Friedensvertrage die Kontrolle unserer Finanzen haben, sich damit einverstanden erklären, oder ob sie nicht diese Abgabe als willkommene Beute, als Abschlagszahlung auf ihre Forderungen beanspruchen werden.

Ein Finanzminister, der wieder Ordnung in unsere verfallenen Verhältnisse bringen könnte, müßte aber in erster Linie Volkswirt sein, und dies ist Herr Erzberger, der sonst alles kann, sicher nicht. Er wird uns aus diesem Elend nicht heraus, aber sicher noch tiefer in den Sumpf hinein führen.

## Deutsche Nationalversammlung zu Weimar.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3,20 Uhr. Vizepräsident Schulz (Soz.) hat sein Mandat als Vizepräsident niedergelegt, weil er Unterkantsekretär geworden ist.

### Fortsetzung der Wahlprüfungen.

Die Wahl im dritten Wahlkreis Stadt-Berlin, wo sich Proteste gegen die Wahlzettel der Liste Scheidemann erhoben, weil diese die fettgedruckte Ueberschrift „Liste der sozialdemokratischen Partei“ trugen, wird nach langer Debatte für ungültig erklärt. Der Wahlprüfungsausschuß erklart in der genannten Ueberschrift kein Kennzeichen im Sinne des Wahlgesetzes.

Präsident Fehrenbach: Wenn es mit den Wahlen in der bisherigen Weise fortgeht, können wir unseren Aufgaben nicht gerecht werden, umso mehr, da nun auf der anderen Seite die Herren vom Lande den Wunsch aussprechen, für die Ernte nach Hause zu fahren. Ich stelle den Herren daher dringend anheim, nur die unbedingt notwendigen Reden zu halten und sich im übrigen mehr an die Abtinnung zu halten. (Lebhafte Zustimmung.)

Für gültig erklärt werden die Wahlen in den Bezirken Ditzingen, Breslau, Hamburg, Bremen-Stade, Hannover, Hildesheim, Münster-Minden, Arnberg, Köln-Nachen und den beiden thüringischen Wahlbezirken sowie die Nachberufung der Abgeordneten Thurow-Poltsdam, Bachmeyer-Niederbayern und Ende-Sachsen. Die Abtinnung über die Wahlen im Bezirk Düsseldorf wird wegen der schwachen Besetzung des Hauses auf morgen vertagt.

Das Gesetz über die erhöhte Anrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit wird nach kurzer Besprechung dem Hauptauschuß überwiesen.

Es folgt die Interpellation Auer und Genossen (Soz.): Was gedenkt die Regierung zu tun, um der schrecklichen Not der Zivil- und Militärrentenempfänger größtenteils abzuhelfen?

Abg. Meyer-Sachsen (Soz.) begründet die Interpellation.

Arbeitsminister Schilde: Für den Augenblick sind weder die Verschickungssträger noch das Reich in der Lage, größere Mittel bereitzustellen. Ich habe daher die fürsorgerbedürftigen Rentenempfänger auf die Kriegswohlfahrtspflege verweisen müssen. Außerdem habe ich die Gemeinden, die zum Teil auf diesem Gebiete verlaßt haben, angewiesen, ihre Pflicht zu tun. Im übrigen beabsichtige ich womöglich noch vor der Vertagung der Nationalversammlung einen Entwurf einzubringen, der den Bedürfnissen einer erhöhten Fürsorge für die Rentenempfänger Rechnung trägt.

Major von Werder legt namens der Heeresverwaltung eingehend dar, wie schon durch eine Reihe von Maßnahmen von erheblicher finanzieller Bedeutung für die versorgungsberechtigten Militärpersonen der Arbeiterklasse gesorgt sei. Die gründliche Reform der Militärversorgungsgesetze ist in Arbeit und wird mit aller Beschleunigung durchgeführt werden.

Bei Besprechung der Interpellation erklärt Abg. Giesing (Zentrum): Die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen darf nie zum Mittel der Parteitagtation werden, nie zum Kaufappell unter den Parteien.

Abg. Erkelenz (Demokrat): Auch eine Entschädigung der Kriegseingesessenen, ebenso eine Erhöhung der Entschädigung für die Veteranen der früheren Kriege ist wünschenswert.

Abg. Behrens (Deutschnational): Die Entschädigungsfrage muß ein Befehl der Nationalversammlung zu einer anbreitenden und angemessenen Versorgung der Kriegsbeschädigten werden.

Abg. Frau Bies (Unabh. Soz.): Wir verlangen eine grundlegende Reform des gesamten Versicherungswesens.

Abg. Frau Reize (Soz.): Deutschland ist ein armes Land geworden, aber die Invaliden des Krieges wie die von der Arbeit darf es nie vergessen.

Damit ist die Besprechung der Interpellation erledigt. Nach der Erledigung einiger kleiner Vorlagen wurde die Vertagung beschlossen.

Im Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung sagte Reichsminister Schmitt zu, daß Weizen von nun an nur zu 80 Prozent, Roggen zu 82 Prozent ausgemahlen werden solle, was eine wesentliche Verbesserung des Mehles und Brotes bedeutet. Der Entwurf der Verordnung über die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse wurde mit einigen Änderungen mit 21 gegen eine Stimme bei sechs Stimmenthaltungen angenommen. Der vorgezeichnete Reichszuschuß von 100 Mark die Tonne wird vorerst bis 1. Oktober gewährt werden.

## Erster Parteitag der Deutschen Volkspartei.

1.

Zu einer gewaltigen Kundgebung gestaltete sich der erste Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei, der am 12. u. 13. Juli in Berlin in großer Saale der Philharmonie stattfand. Tausende von Teilnehmern, darunter Stimmführer aus allen Teilen Deutschlands, zahlreiche Abgeordnete der Nationalversammlung und der einzelstaatlichen Landesversammlungen und noch viele Frauen, füllten den weiten Raum mit den Logen und Galerien Kopf an Kopf. Große schwarz-weiß-rote Fahnen im Hintergrund der Bühne bezeugten den Geist, unter dem hier getagt wurde und den die wichtigsten Reden der bekannten Parteiführer weit über die Versammlung hinausstrugen in das deutsche Land.

Der Parteivorstand, Staatsminister a. D. Herzog betonte in seiner großartigen Eröffnungsrede, dieser erste Parteitag solle die Daseinsberechtigung der Deutschnationalen Volkspartei beweisen, indem er ihre Einmütigkeit und Geschlossenheit der Welt kundgebe. Die wichtigste Leistung dieses Parteitages sei die Anklage gegen die Regierung und alle, die den Schmachfrieden unterzeichneten. (Stürmischer Beifall.) Wir zerichneiden das Tischuch zwischen ihnen und uns. (Wiederholter lebhafter Beifall.) Die Regierung ist ohne Kraft und Willen; wir müssen die schärfste Oppositionsstellung gegen sie einnehmen. (Lebhafte Beifall.) Wir fordern baldige Neuwahlen im Reich und in Preußen. Dem deutschen Volke fehlt ein Führer, mag sich Hindenburg an die Spitze der Deutschnationalen stellen. (Stürmischer Beifall.) Wir verzagen nicht, sondern vertrauen darauf, daß das Kaiserium neuerlichen wird. (Stürm. Beifall.)

Es wurden anschließend einmütig die Abtinnung folgender Drahtungen beschlossen:

An die Königin der Niederlande:

„Eure Majestät bittet der Parteivorstand und der Parteitag der Deutschnationalen Partei und die Fraktion der Parteien in der deutschen Nationalversammlung und der preussischen Landesversammlung als die berechtigten Vertreter von Millionen deutscher Männer und Frauen ehrerbietig und inständig, dem Begehren der Gegner auf Auslieferung Kaiser Wilhelms des Zweiten nicht zu entsprechen. Dies Begehren ist nicht nur ein Bruch alles Rechts, sondern ein Akt schändlicher Rache. Die Aburteilung des Kaisers würde den Frieden, nach dem die Welt leidet, für immer verhindern und den Keim legen zu furchtbaren Rachekriegen. In Eurer Majestät Hände liegt es, das deutsche Volk vor letzter schwerster Schmach und die Welt vor unabsehbarer Unheil zu bewahren. Wir vertrauen auf den Edelmut und den Gerechtigkeitssinn Eurer Majestät und des niederländischen Volkes.“

An Generalfeldmarschall von Hindenburg:

„Dem siegreichen Befreier der Dittmark aus größter Not und dem Führer unseres Volkes in Waffen, dem treuen Diener seines Kaisers, Volkes und Vaterlandes, dem echten deutschen Manne in Deutschlands schwerster Zeit hindigt in unvergänglicher Dankbarkeit die Deutschnationale Volkspartei.“

Sodann erstattete Abg. Margarete Behm den Bericht über die Tätigkeit der Partei in der deutschen Nationalversammlung, wobei sie darauf hinweisen konnte, daß es das erste Mal überhaupt bei irgendeiner Partei sei, daß einer Frau ein derartiger Bericht über die Arbeit der Fraktion übertragen wurde, der beste Beweis für die Stellung, die die Frauen in der Deutschnationalen Volkspartei genießen.

Abgeordneter v. Kardorff berichtete über die Tätigkeit der Partei in der Preussischen Landesversammlung. Er betonte, Preußen sei der feste Fels, auf dem das Reich gegründet wurde. Deshalb müßte schärfster Einspruch gegen alle Kostensenkungsbestrebungen erhoben werden. (Lebhafte Beifall.) Vor allem auch in wirtschaftlichen Fragen haben die Deutschnationalen an die guten, alten Ueberlieferungen angeknüpft und damit die Führung in der Landesversammlung erlangt. Dieser Regierung gegenüber gibt es nur rücksichts-

lose Opposition, die Schonzeit der Regierung ist abgelauten. (Stürmischer Beifall.) Wir bleiben schwarz-weiß-rot in der Ueberzeugung, daß wir unter diesem Zeichen siegen werden. (Lebh. Beif.)

Zu der Aussprache über diese Berichte gedachte Professor Freiherr Freitag von Loringhofen des fernem Kaisers, „der unser Kaiser gewesen ist und bleibt“. (Stürmischer Beifall.) Der Kampf gegen die Regierung müsse noch schärfer geführt werden, als es bisher in Weimar geschehen sei. Professor Dr. Viegmann-Born sprach über die Vorkämpferbestrebungen im Rheinland, ferner Dr. Steiniger als Vertreter von Niederrhein. Staatsminister a. D. Dr. Helfferich hielt scharfe Abrechnung mit der Finanzwirtschaft der Regierung. Die Größe der Gefahr für unser Wirtschaftsleben zeige die Tatsache, daß heute Erzberger Reichsfinanzminister ist. (Große Bewegung.) In diesem Mann sehe er die Verkörperung des bösen Geistes des deutschen Volkes. (Lebhafte Zustimmung.) Die von Erzberger geplante Vermögensabgabe licere das Privatvermögen einfach den Feinden aus. (Große Bewegung.) Solche Pläne sind geradezu ein Verbrechen am deutschen Volke.

Es erhielt sodann das Wort Abgeordneter D. Traub zu dem Bericht über „Die Bilanz des Weltkrieges und die Revolution“. Der Ausgang des Weltkrieges bedeutet die Revolutionierung Europas zugunsten Englands, und die Tragik für uns ist, daß wir dabei Hilfe leisten. Unsere Regierung hätte 1916 mit dem alten zarischen Rußland Frieden schließen sollen, statt es durch die Neuerrichtung des polnischen Reiches zum erbittertesten Widerstand zu reizen. Durch die Vernichtung der größten Militärmacht in Mitteleuropa, die den Frieden sicherte, wurde Europa zu einem erweiterten Balkan. Jeder Sieg Frankreichs hat stets baldigen neuen Krieg gebracht. Die Revolution vom 9. November war ein Werk der Drahtzieher, die nicht wollten, daß Deutschland siegte. Die Rolle Erzbergers sei höchst zweideutig, und es sei ein Dummheitszeugnis für alle Parteien des Parlaments, daß sie einen Mann, wie Erzberger noch nicht zur Strecke gebracht haben. (Stürmischer Beifall.) Wir bleiben bei den alten Ideen von Staat und Ehrgefühl, Autorität und Gottesfurcht und wir müssen alles tun, um uns den Glauben an die Zukunft unseres Volkes zu erhalten. (Zu anhaltender Beifall.)

Anschließend an diese Ausführungen wurde nachstehende Entschliessung Traubs einmütig angenommen:

„Der Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei ist einig mit der Haltung seiner Parlamentarier in der vollen Ablehnung des Schmachfriedens unserer Feinde. Er sieht eine Fügung geschichtlicher Gerechtigkeit darin, daß im wesentlichen die gleichen Parteien den Reichstagsbeschlus vom 19. Juli 1917 und den Vernichtungsfrieden vom 23. Juni 1919 unterzeichneten. Deutschland geht vollends ganz zu Grunde, wenn es die verderblich bringende Wirksamkeit der Revolutionsregierung und ihrer Parteien nicht rücksichtslos bekämpft. Dieser Frieden ist kein Frieden. Er muß die Geister anstürzeln. Deutschland läßt sich nicht in Stücke reißen. Wenn jetzt in Ost und West und Nord deutsche Stammesgenossen von uns losgetrennt werden, wir betrachten sie immer noch wenig als uns gehörig und wollen Sorge dafür tragen, daß die Bande mit dem alten Vaterland nicht zerschnitten werden. Weimar begräbt die Bismarcksche Verfassung des Deutschen Reiches und meint, dem Deutschen Reich eine neue Reichsform bringen zu können. Diese sind der Ueberzeugung, daß Bismarcks Gedanken auf neue auferstehen und ein Symbol deutscher Einigkeit für das Millionen geopfert, geduldet, gebüht haben, gar nicht abgeschafft werden kann. In verzweifelter Zeit verzagen wir nicht. Gegen internationale Mächte kämpfen wir für nationalen Geist, Ordnung, Ehre, Arbeitsinn. Einzig die Erziehung von jung und alt in allem vaterländischen Geist kann Deutschland langsam wieder erheben lassen. So kämpfen wir unter unserem und des alten Vaterlandes Banner Schwarz-weiß-rot.“ (Stürmische Zustimmung.)

Desgleichen folgender Antrag der Ortsgruppe Berlin-Wilmersdorf:

„Der durch die Revolution verschuldete äußere und innere Zusammenbruch des Vaterlandes hat die Deutschnationale Volkspartei vor die Aufgabe gestellt, durch die Wiederherstellung eines starken Nationalgefühls die Voraussetzung für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands zu schaffen. Die Deutschnationale Volkspartei wird ihre Aufgabe nur erfüllen können, wenn sie in schärfster grundsätzlicher Oppositionsstellung die von der Revolution geschaffenen Zustände und die auf dem Boden der Revolution stehenden Regierungen rücksichtslos bekämpft. Die politisch-parlamentarische Kampfes- und Oppositionsstellung wird die nationale Pflicht gegenüber einer Regierung, die durch die Annahme der Friedensbedingungen die Ehre geschändet, die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands preisgegeben und Millionen treuer deutscher Volksgenossen geopfert hat.“

## Schleichendes Gift.

Roman von Reinhold Drtmann.

93] (Nachdruck verboten)

„Es wäre Ihnen verflucht wenig damit gedient, sollte ich meinen, wenn Sie es wirklich wüßten. — Aber um noch einmal darauf zurückzukommen — Sie haben doch nichts von dem erfüllt, was ich von Ihnen verlangen mußte. Die billigsten Freundschaftsbeweise sind Sie mir schuldig geblieben. Sie haben es doch in der Hand gehabt, das Verhältnis zwischen uns ganz anders zu gestalten! — Sie hätten ja doch die Mittel gehabt, mich an sich zu fesseln!“

Hermann Ramboldt antwortete nicht. Er sah starr vor sich nieder. Und nach einem geräumigen Warten sagte Paul Tesmar noch eindringlicher: „Sie wissen, unter welchen Bedingungen meine Antwort ganz anders gelaute hätte — Es ist schmachvoll, daß Sie mir für Geld einen Meineid zutrauen, aber —“

„Wer sagt etwas von einem Meineid? — Wer sagt denn, daß es zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung kommt?“

„Ja glauben Sie denn, daß Ihre Frau ihre Entscheidung für sich behalten wird? — Glauben Sie wirklich nicht, daß sie ihrem Bruder Mitteilung davon machen wird? — Na also. Und wessen Sie sich von dem Herrn Oberleutnant zu versehen haben, davon habe ich vor wenigen Tagen erst eine Probe erhalten. Ich bin ihm draußen begegnet. Und er hat es mir als Botschaft für Sie aufgetragen, daß keine verwandtschaftliche oder sonstige Rücksicht ihn davon abhalten wird, gegen Sie vorzugehen.“

„Das ist nicht wahr! — Das ist — das ist —“

Paul Tesmar kreuzte die Arme über der Brust.

„Sprechen Sie ruhig aus!“ sagte er gelassen. „Sie dürfen getroßt sagen, was Sie sagen wollen! Denn auch Sie können mich nicht beleidigen.“

„Und wenn es so wäre — der Bruder meiner Frau wird trotz all seiner Drohungen nicht gegen mich vor-

gehen. Sie sollen keinen Meineid leisten. Nur meiner Frau und meinem Schwager gegenüber sollen Sie erklären, worauf es ankommt.“

„Ich denke nicht daran! Das heißt — ich würde es sogar vor dem Gericht tun, wenn ich Ihr Schwager wäre. Wenn Sie mir versichern können, daß Edith meine Frau wird — wenn Sie mir ihre Zusage bringen, ihre unbedingte Zusage — dann vielleicht.“

„Aber begreifen Sie denn nicht, daß davon nicht mehr die Rede sein kann?“ Hermann Ramboldt war aufgesprungen, und in Verzweiflung hatte er es ihm zugerufen. „Begreifen Sie denn nicht, daß es dann erst keine Rücksichten mehr für meine Frau und für meinen Schwager geben würde? — Ich würde geradezu Selbstmord begehen, wenn ich etwas Derartiges täte! — Alles sonst will ich Ihnen geben — ich frage nichts mehr nach dem Vermögen, und ich will Sie zehnmal reicher machen, als ich es selbst bin — nur das dürfen Sie nicht verlangen.“

Ersparen Sie sich Ihre Versicherungen! Darauf also ist es abgesehen! — Damit wollen Sie sich die Nachgiebigkeit des Herrn Oberleutnants erkaufen! — Ah — das ist doch das Erbärmlichste — das ist doch jammervoller als alles, was ich Ihnen zugetraut habe! — Und Sie haben die Stirn, mir obendrein zuzumuten, Ihnen behilflich zu sein? Ihre Versicherungen — Ein Bettler hat es leicht, Millionen zu versprechen!“

„Ich will Ihnen sofort —“

„Sie sollen still sein von Ihrem verdammten Geld! — Ich will nichts mehr hören davon — nicht ein Wort! — Und ich gebe Ihnen die Versicherung: Sie werden kein Glück haben mit dem Mittel, das Sie da anwenden wollen, und das Sie sich so fein ausgedacht haben! Es wäre mir ja nicht zum ersten Male gelungen, die beiden auseinanderzubringen.“

Die Vorstellung, daß er das rasend geliebte Mädchen an den verhassten Nebenbuhler verlieren sollte, hatte ihn offenbar in eine solche Wut versetzt, daß er kaum noch wußte, was er sprach. Auf dem Gesicht des Fabrikanten aber, ging eine seltsame Veränderung vor. Ein

furchtbarer Argwohn war in ihm aufgeblüht. Seine eben noch in Leidenschaft verzerrten Züge schienen zu erstarren und seine Augen sich zu weiten. Er stand mit einem Male ganz gerade, und in einer Ruhe, die unheimlicher wirken mußte als seine vorherige Erregung, fragte er langsam: „Sie — Sie hätten sie auseinandergebracht? — Waren Sie es am Ende, der mir — der mir den heilsamen Schrecken eingejagt hat?“

Für einen Augenblick zögerte Tesmar. Aber auch nur einen Augenblick! — Die Todfeindschaft, die sich zwischen den beiden Männern entwickelt hatte, die ein seltsames Schicksal aneinandergesetzt hielt — kam jetzt mit elementarer Wucht zum Ausbruch. Der Gutspächter wußte: der Mann da vor ihm war verloren. Nichts mehr hatte er von ihm zu erwarten. Und er fühlte nur noch den unwiderstehlichen Drang, sich an ihm zu rächen, ihn durch die fürchterliche Grausamkeit der Wahrheit vernichtet zu treffen.

„Wenn Sie es denn durchaus wissen wollen: ja doch — ich habe es geschrieben. Sie wurden mir etwas gar zu hochfahrend. Und der kleine Dämpfer — Ramboldt — sind Sie verübt.“

Mit einem heiseren Wuschrei hatte der andere sich auf ihn gestürzt, und sein Gesicht war jetzt bis zur Unkenntlichkeit verzerrt wie das eines Wahnsinnigen. Die Hand, die nach seinem Halbe griff, hatte Tesmar wohl noch in raschem Zupacken aufhalten können — aber er hatte es nicht mehr zu hindern vermocht, daß der offenbar völlig Tobüchtige den Revolver aus der Tasche seines Beinkleides riß. Ehe er ihn abzudrücken vermochte, umklammerte freilich die Faust des bärenstarken Gutspächters sein Handgelenk und riß ihm den Arm hoch. Aber auch ihn verließ die Märsers Kräfte, die den Ausgang dieses Ringens aus Tod und Leben durchaus zweifelhaft erscheinen ließen. Keuchend stieß Paul Tesmar ein paar Worte hervor, die den Irren wieder zur Vernunft bringen sollten.

(Fortsetzung folgt.)



# Aus Stadt und Land.

Röslin, den 15. Juli 1919.

Zum 16. Juli: Sonnenaufgang 3,57. — Sonnenuntergang 8,14. — Mondaufgang 9,17. — Monduntergang 7,48.

Wetter:

Müßig, veränderlich, überwiegend trübe, öfter Regenfälle, mäßige Westwinde.

Der neue Regierungspräsident Dr. Jungmann hat heute die Leitung der Geschäfte bei der hiesigen Regierung übernommen. Im Anschluß hieran hat sich der Präsident um 10 Uhr im großen Sitzungssaal der Regierung, in dem sämtliche obere, mittlere, Kanzlei- und Unterbeamte versammelt waren, vorgestellt und nach einer längeren Begrüßungsrede, in der er seine Absicht äußerte, nach welchen er gewillt sei, die Verwaltungsgeschäfte zu führen, hierbei besonders betonend, daß er auf die alte, preussische Beamtentreue baue, die noch nie verjagt habe, auch die sämtlichen Beamten einzeln vorstellen lassen.

Personaleränderungen im Bezirk der Oberpostdirektion Köslin. Verliehen ist der Charakter als Postsekretär den Oberpostassistenten: Gädke und Hah in Köslin, Krüger in Köslin, Baegler in Lauenburg in Pommern und Stange in Groß-Jestitz. Der Charakter als Telegraphensekretär dem Oberpostassistenten Frißke in Lauenburg in Pommern und der Titel Oberpostassistent den Postassistenten Behling in Tempelburg, Dresler in Falkenburg in Pommern und Spanaus in Köslin.

Erhöhung der Brottration. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet aus Weimar, daß vom 1. Oktober eine Erhöhung der Brottration erfolgen wird. Die ebenfalls beschlossene Steigerung der Ausmahlung des Getreides bezweckt eine größere Menge Meie für die Viehfütterung zu gewinnen. Ferner sind in Argentinien große Getreidemengen aufgefauft, die bereits zum Teil auf dem Wasserwege unterwegs sind.

Die Ernte der Heidelbeeren ist im vollen Gange. In unseren Wäldern sieht man ganze Scharen der Suchenden, die mit gefüllten Körben wieder heimwärts ziehen. Es gibt in den ausgedehnten Waldungen um Köslin trotz der großen Menge der Beerenfelder noch weite Strecken, die selten eines Menschen Fuß betritt. Im Interesse einer möglichst reichen Beerennte möchte man wünschen, daß sich jetzt, nach Beginn der Ferien, auch die Kinder auf die Suche machen und helfen, die gesunden Beeren für die Volksernährung nutzbar zu machen. Die Forstverwaltungen sollten u. E. alle nur möglichen Erleichterungen gewähren.

Eine Stadtverordnetenversammlung mit sehr umfangreicher Tagesordnung, die unsere Leser im Anzeigenteil finden, ist auf Freitag festgesetzt.

Pommerscher Landbund. Am Sonnabend, dem 12. Juli, fand in der Kösliner Festhalle in Köslin eine Versammlung des Pommerschen Landbundes im Kreise Köslin statt. Es wurde über die Sitzungen des von der Kreisgruppe beschlossenen Viehverversicherungsvereins endgültig Beschluß gefaßt. Diese Viehverversicherung, die sich auf Besitzer von 1 oder zwei Kühen beschränkt, wird diejenige sehr große wirtschaftliche Vorteile bringen. Die Einrichtung der Bezirksvereine dieser Viehverversicherung des Landbundes sind sofort in Angriff genommen worden.

Turnkreis 3a (Pommern). Aus dem letzten Jahresbericht ist mitzuteilen, daß der Kreis 161 Vereine zählt (gegen 158 im Vorjahre) mit 9287 männlichen Angehörigen, von denen 8067 über 17 Jahre alt sind. Von diesen standen am 1. Januar dieses Jahres noch 2640 (gegen 7250) im Reservierdienst. In den Frauenabteilungen wurden 945 Turnrinnen gezählt. Der Turnbetrieb ist in 61 Männer-, 48 Jugend- und 26 Frauenabteilungen wieder aufgenommen worden. Der nächste Kreisturntag soll am 11. April 1920 in Stettin stattfinden. Für den im Herbst dieses Jahres in Erfurt abzuhaltenden Deutschen Turntag sind als Vertreter des Kreises 3a Dr. Krensch-Rurnwalde, Mühl-Anklam-Bunisch-Greifenberg, Rabst-Stolz, Scherzer-Wollin und Schröder-Pölsin gewählt worden.

In selbstmörderischer Absicht stieß sich ein junges Mädchen auf der Bahntrasse nach Jannund vom Zuge überfahren. Beide Beine wurden schwer verletzt.

Die Ferien beginnen an den sämtlichen hiesigen Schulen mit dem heutigen Tage.

Belgard. Nord. Am Sonnabend wurden zwei Arbeiter bei Reibufow durch ein eigenartiges Geschehen an der Buschkoppel aufmerksam gemacht. Im Korn lag ein entleertener Mensch mit offenem Schädel und aufgeschlitztem Leib. Neben ihm lag ein Mensch und schrie. Die Arbeiter machten sofort Anzeige. Durch die Gendarmen wurde der Verdächtige, der mit Blut bespritzt war, festgenommen. Er beirrt zunächst, die Tat begangen zu haben, soll sie aber später eingestanden haben. Man fand einen Krüppel und mehrere Messer am Tatort.

Stolz. Stadtverordnetenversammlung. Die Stadtverordneten bewilligten für den Empfang und die Verforgung der heimkehrenden Gefangenen hundert Mark. Den Kriegsschädigten soll gegen Zahlung einer Pauschsumme die Benutzung des hiesigen Luft- und Sonnenbades gestattet sein. Die Zahlung dieses Betrages hat die Stadtverwaltung übernommen. Zur baulichen Einrichtung von Wohnungen, die von größeren abgetrennt werden sollen, soll eine Anleihe von 100 000 Mark aufgenommen werden. Die neugegründeten Stolper Krieger- und Hinterbliebenen Heimstätten-Vereine sollen 32 Morgen von dem Baugrunde zwischen der Jannemann- und der Schlawerstraße, unweit des Flugplatzes zur Gründung solcher Heimstätten überlassen werden.

Regenwalde. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurden nach Kenntnisnahme von dem Revisionsprotokoll der städtischen Kassen und Dankschreiben des Bürgermeisters a. D. Krey über gewährte Pensionserhöhung 240 Mark Ueberschreibung des Etatspostition „Regierung“ bewilligt. Ein Gesuch mehrerer Gasverbraucher, den Stadtverordnetenbeschluß über rückwirkende Erhöhung der Gaspreise aufzuheben, wurde abschlägig beschieden. Danach wurde beschlossen, die Revision der Stadtkassensache durch sachmännliche Revisoren stattfinden zu lassen; ferner sollen die Gummerower Landstraße mit 400 Obstbäumen, dagegen die anderen Landstrassen mit Alleebäumen bepflanzt werden. Da sich jeder Obstbaum mit Anpflanzung und erstlicher Pflege auf zehn Mark stellt, wird der Betrag von viertausend Mark für die Pflanzung erkannter Strasse bewilligt.

Der Schlingenspielerunterricht soll für das letzte Schuljahr in der Mädchenklasse erteilt werden und zwar durch die Lehrerin Fräulein Bloß. Eine lange Aussprache rief die Vorlage des Magistrats betreffend die Erhöhung der Mieten für städtische Wohnungen hervor. Derselbe hatte eine Erhöhung von 50 bis 68 Prozent vorgesehen. Schließlich wurde beschlossen, die Pösträume auf zehn Jahre bei 50 Prozent Mieteerhöhung zu vermieten.

dagegen die anderen Mieten nur um 28 Prozent zu heben. — Nachdem dem Gärtner Baasch die Miete für die Blumenhalle um Beträge von 348 Mark ganz erlassen wurde, da er dieselbe wegen seiner Einberufung nicht ausnutzen konnte, wurde beschlossen, von den Steuerzahlern, die nur ein Einkommen bis 1500 Mark nur die Hälfte des 220 Prozent Zuschlages als Gemeindefiskus einzuziehen. Hierdurch entfällt ein Fehlbetrag von 5100 Mark. Der Ausfall wird dadurch gedeckt, daß die Steuerzahler mit einem Einkommen von über 6500 Mark 15 Prozent also 235 Proz. Zuschlag zu der staatlichen Einkommensteuer zahlen. Ferner soll noch ein 2. Kassengehilfe an der Stadtkassensache angestellt werden, dafür aber baldigt die Hilfskräfte entlassen werden. — Der hiesige Magistrat hatte der Stadtverordnetenversammlung seine Aemter zur Verfügung gestellt, da diese die Kontrolle durch den Arbeitererrat nicht aufgehoben hatte. In dieser Sitzung wurde nun einstimmig beschlossen, den Arbeitererrat aufzulösen. Der Magistrat wird in seiner jetzigen Zusammensetzung also solange bestehen, bis die gesetzliche Neuwahl stattfindet.

Stargard. Einbrecher suchten nachts die katholische und die Heiliggeistkirche heim; sie erbeuteten verschiedene Silbergeräte, nämlich zwei Kelche, einen Köffel und einen Teller.

Stettin. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich hier bei Arbeiten die von der Firma Leuz und Co. ausgeführt werden unter Verwendung von Sandzügen, die durch Lokomotiven bewegt werden. Der Lokomotivführer Gerhard Juthe hatte seine Maschine Wasser nehmen lassen und wollte einem Zuge entgegenfahren. Dabei mußte er eine Weiche umlegen und als er wieder auf die Maschine sprang, kam ihm ein anderer Sandzug bedrohlich nahe. J. wurde von dem ersten Wagen erfasst, von seinem Stand heruntergerissen und überfahren, wobei ihm beide Beine unterhalb der Knie abgetrennt wurden. Der Verunglückte fand im städtischen Krankenhaus Aufnahme.

Greifswald. Großer Einbruch. In der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag haben vermutlich Berliner Einbrecher die hiesige Firma Karstadt heimgesucht und bei dem Einbruch Waren im Werte von 50—55 000 Mark erbeutet. Darunter befinden sich tausend Meter Seiden- und andere Stoffe, Schirme, Güte, 54 Paar Strümpfe, und Bijouteriewaren. Der Raub wurde von den Dieben in sieben großen, eigens zu diesem Zweck gebohrten, Koffern in Sicherheit gebracht. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

## Volkswirtschaft

### Außenhandelsstelle für Eisen und Stahl.

Am 9. Juli d. Js. waren im Reichswirtschaftsministerium Vertreter der Eisen- und Stahl erzeugenden Industrieen versammelt, um im Beisein der beteiligten Händler und Verbraucher sowie der durch die Arbeitsgemeinschaft vertretenen Arbeitnehmer über die Bildung einer Außenhandelsstelle für das Gebiet der Eisen- und Stahlherzeugung zu beraten.

Grundsätzlich wurde in einer seitens der Eisen- und Stahlindustriellen verlesenen Erklärung dem Plane der Bildung einer Außenhandelsstelle zugestimmt. Es wurde jedoch Wert darauf gelegt, daß als entscheidendes Organ zur Ausführung der von den Behörden gegebenen Richtlinien der Vertrauensmann (Reichsbevollmächtigter) auftreten soll, und daß der zu bildende Außenhandelsausschuß, in dem alle Interessengruppen zugleich vertreten sind, zur Erledigung der vorliegenden Aufgaben nur gutachtlich tätig ist. Als dem System der bisherigen Handhabung der Ausfuhrerbote soll nichts geändert werden. Man wünscht ferner in gleicher Weise die Regelung der Einfuhr durch die Außenhandelsstelle zu übernehmen.

Die erschienenen Vertreter des Handels und der verschiedenen Verbraucherkreise waren mit der von den Eisen- und Stahl erzeugenden Industrieen vorgeschlagenen Fassung einverstanden. Die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft äußerten gewisse Bedenken, behielten sich jedoch ihre endgültige Stellungnahme vor, da sie zu der ihnen erst in der Versammlung bekannt gewordenen Fassung sich zunächst mit ihrem Zentralvorstand beraten müssen.

Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums konnte eine Erklärung über die endgültige Stellungnahme seiner Behörde nicht abgeben, gab jedoch der Erwartung Ausdruck, daß die vorgeschlagene Fassung eine geeignete Grundlage zur Bildung der Außenhandelsstelle geben möge. Es wurde eine Kommission eingesetzt, in der alle Interessengruppen vertreten sind, um die Fassung der Außenhandelsstelle im Vernehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium auszubereiten.

### Zum Abbau der Preisbildung.

In einer im Stahlwerksverband stattgefundenen Aussprache über die Preise wurden von allen Seiten die durch die Verteuerung der Brennstoffe, die Erhöhung der Löhne und die anhaltenden geringen Arbeitsleistungen entstandenen weiteren Erhöhungen der Selbstkosten hervorgehoben und der Nachweis erbracht, daß die gegenwärtigen Verkaufspreise für die große Mehrzahl der Werke mit erheblichen Verlusten verknüpft seien, und daß daher ein Ausgleich durch eine Preiserhöhung an sich dringend geboten sei. Trotz dieser sachlich unabweisbaren Gründe, die einen wenigstens teilweisen Ausgleich der gestiegenen Selbstkosten durch eine entsprechende Erhöhung der Verkaufspreise erheischen, entschloß sich die Mehrheit der im Stahlwerksverband vereinigten Werke, den Hauptversammlungen der einzelnen Gruppen vorzuschlagen, daß zunächst von einem Preisanschlag abgesehen und die Reichsregierung darüber um vier Wochen verhandelt werde. Maßgebend für diesen Beschluß waren allgemeine Gründe. Namentlich die Hoffnung, daß derselbe den Beginn des allgemeinen Abbaues der jetzigen Preise bedeuten würde, und die Erwartung, daß die gegenwärtig im Gang befindliche Herabsetzung der Lebensmittelpreise auch eine Ermäßigung der Löhne im Gefolge haben werde, sowie, daß anerkannt werde, daß der Entschluß, den seit der letzten Preisfestsetzung erhöhten Brennstoffpreisen und Löhnen nicht zu folgen, tatsächlich einen weiteren bedeutamen Schritt zu einem allgemein wünschenswerten Abbau der allgemeinen Preisbildung darstelle.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Hauptkassier Günter Herrick; für den Anzeigenteil: Hans Reinefeld. Druck und Verlag: Fürstentum Zeitung A.-G. Sämtlich in Köslin. Berliner Schriftleitung: August Storm, Berlin.

Für die gefährlichsten Landesteile sprachen sodann Frh. Dr. Käte Schirmacher für die Ostmarken, Abg. Dr. Oberhoffen-Riel für die Nordmark und Generalsuperintendent Klingemann-Koblenz für Elsaß-Lothringen und das Rheinland. Sie legten das Treugelübde für diese deutschen Gebiete ab, die niemals bei uns vergessen werden dürfen; ihre Wiedervereinigung mit Deutschland ist eins der wichtigsten Ziele, für das die deutschnationale Volkspartei stets mit aller Entschiedenheit eintreten wird.

Deutschnationale und Konservative. Die uns politisch nahestehende „Kommersche Tagespost“ schreibt zu der auch von uns mehrfach im gleichen Sinne behandelten Frage der Beziehungen der beiden Parteien, bei Gelegenheit einer Besprechung des deutschnationalen Parteitages: „Hergt und Westarp! Hergt oder Westarp! Es darf nicht Tatsache werden, was manche aus den Zeichen der letzten Tage herausgelesen haben, daß neben der großen politischen Rechten die konservative Fahne neu entrollt wird. Wer den Willen zur Macht wecken will, darf die Träger des Machtgedankens nicht herziehen, sondern muß sie sammeln! Nur ein Gedanke darf uns alle befehlen: Die Wiedergeburt des mächtvollen Kaiserthums!“

## Deutsches Reich.

Vor der Übergabe der östlichen Gebiete. Der englische Oberst Periwel von der Berliner Alliiertenkommission beziffert Westpreußen und nahm Berichte der deutschen Behörden betreffend die Sicherung der Bahnhöfen von Danzig nach Polen während der Abwesenheit der deutschen Truppen entgegen. Die alliierten Truppen sollen Danzig, Marienburg, Graudenz und Deutsch-Eylau besetzen. Periwel ist dringend gebeten worden, die Besetzung mit Franzosen oder Polen zu verhindern. Er reiste dann weiter nach Wetzlar zur Prüfung der dortigen Verhältnisse.

Aus der Besprechung des Reichsfinanzministers mit den einzelstaatlichen Finanzministern erfahren wir noch, daß nach den Vorschlägen des Reichsfinanzministers die direkten Steuern bis auf das äußerste zulässige Maß durch das Reich angeschlossen werden sollen. Dieser Entschluß haben sich die Finanzminister der Einzelstaaten trotz anfänglicher Bedenken nicht verschlossen. Zuschläge zur Reichseinkommensteuer durch die Staaten und Gemeinden sollen nicht erhoben werden. Es soll also nur eine einzige Einkommensteuer zur Erhebung gelangen, von der das Reich einen entsprechenden Teil an die Staaten und Gemeinden abgeben wird. Das Interesse des Reichs an den steuerlichen Einkommen wird bis zu 75 Prozent zu bemessen sein, ist also so groß, daß das Reich einen Einfluß auf die Erhebung haben muß. Die Finanzämter müssen daher auf das Reich übergehen. Die wichtigen Hoheitsrechte der Gliedstaaten werden natürlich durch so einschneidende Beschlüsse eingeschränkt. Besondere Aufmerksamkeit wird auf die Ausbildung der Steuerbeamten zu legen sein. Vorbereitende Schritte dazu sind bereits getan. Die Reichseinkommensteuer wird dem Parlament erst im Oktober gehen, jedoch ist beabsichtigt, die Reichsabgabenordnung möglichst bald der Nationalversammlung zu überreichen.

Die süddeutschen Staaten lehnen Erzbergers Finanzpläne ab. Am 12. Juli hat in Heidelberg eine Besprechung der Regierungen von Württemberg, Baden und Bayern über die neuesten Pläne des Reichsfinanzministers betreffend Festsetzung, Erhebung und Verwaltung der Staats- und Gemeindeabgaben stattgefunden. Die Vorschläge des Reichsfinanzministeriums wurden einhellig abgelehnt. Man war sich darin einig, dem Reich weit entgegenzukommen, doch nur in den Grenzen eines selbständigen Einnahmestaatsrechts und einer finanziellen Selbstverwaltung der Einzelstaaten. Eine dahingehende Entschließung mit Einzelvorschlägen darüber, wie die süddeutschen Staaten sich den Ausbau des Steuerrechts und die Steuerveranlagung im einzelnen denken, wurde einstimmig angenommen.

## Ausland.

Ein interalliiertes Geschwader für Fiume. Der Fünfferrat beschloß, ein interalliiertes Geschwader, bestehend aus je einem französischen, englischen und amerikanischen Kreuzer nach Fiume zu senden. Amerika wird in der interalliierten Flotte für Fiume durch den Kreuzer Pittsburg vertreten sein. Der Kreuzer wird außer seiner normalen normalen Besatzung noch zur Verstärkung Marine-Infanterie an Bord haben. Der Fünfferrat hat eine Frist von 8 Tagen eingeräumt, während welcher er prüfen will, welche Maßnahmen zur Herstellung der Ordnung in Fiume getroffen werden müßten, insbesondere, ob sich die Entsendung weiterer alliierter Truppen notwendig mache.

Französische Opposition gegen die Ratifizierung des Friedensvertrages. Aus Paris wird vom 13. Juli gemeldet: Der sozialistische Parteivorstand hat am Sonntag morgen seine Beratungen begonnen, die 2 Tage dauern werden. Die Hauptfrage bildet der Friedensvertrag. Es wird über drei Abschnitte beraten werden. 1. über die territorialen und kolonialen Fragen, 2. über die wirtschaftlichen und finanziellen Fragen, 3. über Militär-Angelegenheiten und den Völkerverbund. Es ist anzunehmen, daß die Mehrheit des Parteivorstandes sich gegen den Friedensvertrag erklären wird und daß die sozialistische Kammerfraktion ihren Mitgliedern die Ermächtigung geben wird, im Parlament gegen die Ratifizierung des Friedensvertrages zu stimmen.

Weiterbestehen der Blockade gegen Rußland. Die Niederländische Telegraphenagentur meldet aus Paris: Der Fünfferrat beschloß am Sonnabend die Aufrechterhaltung der Blockade gegen Rußland.

Chinesischer Nationalstolz. Die „Times“ melden aus Newyork, daß der chinesische Präsident einer Abordnung von chinesischen Patrioten erklärte, daß China den Friedensvertrag unterzeichnen müsse. Hieran verurteilten einzelne Mitglieder der Abordnung, die sich aus Kaufleuten, Lehrern und Studenten zusammensetzte, als Protest gegen die Zurechnung Sühntun an Japan in Gegenwart des Präsidenten der chinesischen Republik Selbstmord zu begehen. Bevor die Patrioten es verhindern konnten, gelang es drei Mitgliedern der Abordnung sich schwer zu verwunden.

**Arbeiter**  
steht zugleich ein  
K. Genger, Altbaustr.  
Ein ordentliches, sauberes  
**Mädchen**  
zum 1. August oder später gesucht.  
Wulst, Danzigerstr. 26.  
**Zeitungs-**  
**Makulatur**  
hat abzugeben.  
Fürstentum Zeitung A. G.,  
Bergr. 26.

**Grundstücks- und Geldverkehr.**  
**Gutes Hotel**  
durchaus rentabel, in Mittelstadt  
Hinterpommerns, verläßlich. Logie-  
einnahmen rund 30 000 Mark; An-  
zahlung 70 000 Mark. Selbstkäufern  
erteilt Ausnahme der Besoldung  
Reg.-Sekt. a. D. Carl Schulz.  
Ich beabsichtige mein  
**Grundstück**  
Mühlentorstr. 3 und 5  
zu verkaufen.  
Frau Luise Stein.

**Ich kaufe**  
als Witwe, Nähe Bahn u. Wald  
**kl. Grundstück**  
1-5 Morgen Land,  
kann auch am Stadtrand liegen.  
Genaue Einzelheiten erbittet  
**Stahlberg, Joppot,**  
Franzinsstraße 42.  
**Schöne Wirtschaft**  
im Ariße Köslin, beste Gebäude,  
elektrisch Licht, preisw. verk. An-  
zahlung 60-70 000 Mark, entspr.  
dem Inventarwert.  
Reg.-Sekt. a. D. Carl Schulz.

**Landwirtschaften**  
in jeder Größe, Gasthöfe mit Land-  
wirtschaften, erstklassige moderne  
Hotels, Stadthaus mit 85 Morg.  
Weizenboden, Häuser in Köslin  
sowie zu verkaufen.  
**Vahl, Markt 22,**  
Eingang Rossmarktstraße.  
Telefon 574.  
**Eine Wirtschaft,**  
22 Morgen groß, dazu gehörig noch  
27 Morgen Pachtland, mit voll-  
ständigem Inventar, ist möglichst  
bald zu verkaufen.  
Weitere Auskunft erteilt  
**Carl Schulz,**  
Kreuzstr. 47.

**Tiermarkt.**  
**Flotten Pony**  
kauft. Angebote mit Preis unter  
Nr. 396 an diese Zeitung.  
Suche jungen scharfen  
**Hund**  
gegen meinen jungen Schäferhund  
umzutauschen. Bergr. 24, Loden.  
**Kleiner schwarzer Hund**  
(Botti) mit gelbem Abzeichen ent-  
laufen. Nachricht erbittet gegen  
Belohnung  
**Mielte, Schulzenhagen E.**

Spatzens zum 1. Oktober in  
gutem Hause  
**4 Zimmer-Wohnung**  
gesucht, mit allem Zubehör.  
Herrick, Hauptkassier,  
Bergr. 26.  
**Möbliertes Zimmer**  
mögl. Nähe des Postamts, mit Ver-  
pflanzung sofort gesucht. Angebote  
an E. Mankows, Roggow Abbau  
bei Belgard  
2 Betten und Decken  
und Silber  
verkauft  
Ritterstr. 26.  
**Dracaena**  
zu kaufen gesucht. Angeb. erbittet  
Linne, Eisenstr. 14.



Ihre am 11. d. Mts. katzgefundene Vermählung  
beehren sich anzuzeigen

**Frit Baerwald und Frau**  
Margarete geb. Hjh.

Röslin, den 12. Juli 1919.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim  
Heimgange unserer Lieben Entschlafenen,

**Marta Schneider**

sowie für die überreichen Kranzspenden, auch für die trost-  
reichen Worte des Herrn Pastor Klasing und Herrn Kantor  
Zager, insbesondere auch dem Kirchenchor sagen auf diesem  
Wege ihren tiefgefühltesten Dank

**Die trauernden Hinterbliebenen.**

Bornhagen, den 14. Juli 1919.

**Polizeiverordnung**

**betr. den Waffenhandel und das Tragen von Waffen.**

Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes vom 11. März  
1850 und der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landes-  
verwaltung vom 30. Juli 1883 wird mit Zustimmung des Bezirts-  
ausschusses für den Umfang des Reg. Bez. Köslin Folgendes verordnet:

§ 1. Es ist verboten, Schlagsringe, sogenannte Totschläger, (Dohren-  
ziemer, Papierstöde) und Gummischläuche, Stricke oder Riemen, welche  
mit Metall, oder anderer Beschönerung versehen sind, oder sonstige zu  
gleichen Zwecken hergestellte Gegenstände, sowie Stöß-, Hieb- und Schuß-  
waffen, welche in Städten, Ködren oder in ähnlicher Weise verborgen  
sind, feilzubalten, zu verkaufen oder sonst in Verkehr zu bringen.

§ 2. Pistolen, Flinten, Revolver, Pistolen und ähnliche Schuß-  
waffen, sowie die dazu gehörigen Patronen und Pulver, ferner  
alle Stuchwaffen (d. h. solche, die nicht zum Zulappen eingerichtet  
sind oder durch besondere Vorrichtung festgestellt werden können)  
dürfen nur an den rechtmäßigen Inhaber eines auf die betreffen-  
de Waffenart lautenden Waffenscheins (§ 4) und gegen Vorzeigung  
des Waffenscheins verkauft werden.

Wer mit solchen Waffen Handel treibt, hat ein Buch zu führen,  
in welches unter fortlaufender Nummer in jedem einzelnen Falle  
das Datum des Verkaufs, die Stückzahl und die Art der verlan-  
ten Waffen oder Patronen, der Name, Stand und Wohnort des  
Käufers sowie Nummer und Datum des Waffenscheins und die  
Bezeichnung der Behörde, die ihn ausgestellt hat, einzutragen  
sind.

Desgleichen sind Reparaturen einzutragen. Die Waffenhänd-  
ler sind verpflichtet, die ihnen übergebenen Waffen nur an den  
rechtmäßigen Inhaber des auf die betreffende Waffenart lautenden  
Waffenscheins und gegen Vorzeigung des Waffenscheins heraus-  
zugeben.

Das Buch muß dauerhaft gebunden und mit fortlaufenden  
Seitenzahlen versehen sein. Bevor es in Gebrauch genommen  
wird, ist es von der Ortspolizeibehörde unter Beglaubigung  
der Seitenzahl abzustempeln. In dem Buche dürfen weder Not-  
izen vorgenommen, noch Eintragungen unleserlich gemacht wer-  
den; auch darf es ohne Genehmigung der Ortspolizeibehörde  
weder ganz noch teilweise vernichtet werden. Es ist der Ortspolizei-  
behörde oder deren Beauftragten auf Verlangen jederzeit vorzu-  
legen.

§ 3. Niemand darf Gegenstände der im § 1 bezeichneten Art  
bei sich führen.

§ 4. Die im § 2 Absatz 1 bezeichneten Waffen dürfen nur solche  
Personen mit sich führen, denen ein Waffenschein für die betref-  
fende Waffenart erteilt worden ist und die diesen bei sich haben.  
Der Waffenschein ist den polizeilichen Aufsichtsbeamten auf Ver-  
langen vorzuzeigen.

Die Vorschriften der Absätze 1 und 2 finden keine Anwendung  
auf das Befördern (Überbringen) der genannten Waffen im ge-  
werblichen Verkehr.

§ 5. Ein Waffenschein darf nur dann erteilt werden, wenn das  
Bedürfnis des Nachsuchenden zur Führung einer Schuß- oder  
Stuchwaffe von der zuständigen Behörde anerkannt wird.  
Er darf nur durch zuverlässigen Personen widerrufen werden  
jedemal auf ein Kalenderjahr ausgestellt werden.  
Minderjährigen und Ausländern ist ein Waffenschein nur in  
dringenden Ausnahmefällen zu erteilen.  
Zuständig zur Erteilung des Waffenscheins ist der Landrat,  
in kreisfreien Städten die Polizeiverwaltung.  
Der Waffenschein wird nach dem unten abgedruckten Muster  
ausgestellt.

Die Erteilung des Waffenscheins erfolgt gebührenfrei.

§ 6. Die Erlaubnis zum Waffentragen kann von denselben  
Behörden, die den Waffenschein erteilen, widerrufen werden.  
Wird die Erteilung des Waffenscheins widerrufen, so ist er so-  
fort, längstens binnen drei Tagen an die betreffende Behörde  
abzuliefern.

§ 7. Der Waffenschein darf anderen Personen nicht zur Be-  
nutzung überlassen werden.

§ 8. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmun-  
gen werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mark im Unvermögensfalle  
mit entsprechender Haft bestraft, sofern nicht nach den bestehenden  
Strafgesetzen eine schwerere Strafe eintritt.  
Außerdem werden bei Zuwiderhandlungen die in den vor-  
stehenden Bestimmungen genannten, für die strafbare Handlung  
gebrauchten oder bestimmten Gegenstände eingezogen.

§ 9. Die Vorschriften der §§ 4-6 finden keine Anwendung  
auf die Inhaber eines Jahresjagdscheins und die zum Waffent-  
tragen berechtigten Personen.

§ 10. Die bisher von den Behörden für das Jahr 1919 aus-  
gestellten Waffenscheine behalten ihre Gültigkeit. Es gelten auch die  
bisher gemäß den Bestimmungen der zuständigen Militärbehörden  
geführten Verkaufsbücher als Verkaufsbücher im Sinne des  
§ 2 dieser Verordnung.

Köslin, den 22. April 1919.

**Der Regierungs-Präsident.**

**Bekanntmachung.**

**Die Stellmacherinnung von Köslin**

lieht sich genötigt, die Preise für Stellmacherarbeiten vom  
1. Juli d. Js. ab infolge dauernden Stetigens der Löhne,  
Holzpreise und anderen Unkosten zu erhöhen.

**Stadtverordneten-Sitzung**

am Freitag, dem 19. d. Mts., nachmittags 5 Uhr.  
Tagesordnung:

1. Bildung eines Wohlfahrtsausschusses.
2. Wahl von Verwaltungsbeamten der Stadtparafse.
3. Wahl eines Bezirksvorstehers.
4. Nichtbestätigung der Wahl von Bürgerdeputierten der Schuldeputation.
5. Wahl von Mitgliedern zur Einkommensteuer-Voreinschätzungs-  
Kommission.
6. Zahlung von Tagegeldern an die Mitglieder der Stadtverordneten-  
versammlung bei Ausübung ihres Mandats.
7. Ankauf des Prähistorischen Grundstückes.
8. Aufbesserung der Gehälter der städtischen Beamten und Angestellten.
9. desgl. der Lehrpersonen.
10. Einstweilige Nichtbesetzung der Stelle des Direktors des  
Elektrizitätswerkes.
11. Errichtung einer Assistentenstelle bei den Technischen Werken.
12. Abänderung des Ortsstatuts betreffend die Rechtsverhältnisse der  
städtischen Beamten usw.
13. Beförderung zweier Assistenten zu Oberassistenten.
14. Gewährung von Umzugslosten an mehrere Beamte.
15. Verzicht auf mehrere Vorlaufrechte.
16. Verzicht auf mehrere Einnahmen zu Gunsten der Kartuschkristung.
17. Erhöhung des Tilgungssatzes für mehrere Anleihen.
18. Erhöhung der Gas- usw. Preise.
19. Entlastung der Jahresrechnung der Stadthauptkasse für 1917.
20. Herausgabe einer Sicherheit für Verkauf von Holz gegen Übergabe  
einer Bürgschaft.
21. Gewährung einer Beihilfe an einen Verrenten.
22. Anträge der sozialdemokratischen Fraktion der Stadtverordneten-  
Versammlung:

1. Die Wohnungsdeputation soll befugt sein, selbständig Erhe-  
bungen und Ermittlungen über zu rationierende Wohnungen  
vorzunehmen. Die dafür nötigen Vollmachten sind den Mit-  
gliedern der Deputation zu erteilen. Das Bauamt hat unver-  
züglich die Durchführung der ihm von der Deputation vorge-  
schlagenen Maßnahmen zu veranlassen.  
Die Wohnungsdeputation hat diese Durchführung zu über-  
wachen.

2. Das städtische Wohnungsamt ist unverzüglich vom Stadtbau-  
amt zu trennen und dem Mietseinerungsamt unter der Auf-  
sicht eines besonderen Ausschusses anzugliedern.

3. Die anderweitige Regelung der Gemeindefinanzverhältnisse  
gemäß Reichsgesetz vom 4. Juni 1919 ist unverzüglich in die  
Wege zu leiten.  
Begründungen werden in der Sitzung gegeben werden.  
Die Stadtverordneten-Versammlung wird gebeten, die vor-  
stehenden Anträge dem Magistrat zur umgehenden Erledigung  
als Material zu überweisen.

23. Zur Kenntnisnahme.

**Der Stadtverordneten-Vorsteher.**  
Parhsch.

**Bekanntmachung.**

In der laufenden - 28. - Woche werden auf den Kopf der Be-  
völkerung siebenzig Gramm Butter ausgegeben.  
Neben der Butter ist jeder Karteninhaber berechtigt, bei den Ver-  
kaufsstellen je fünfzig Gramm amerikanisches Speisefett zu entnehmen. Das  
Pfund Speisefett kostet 5,90 Mark.  
Köslin, den 15. Juli 1919.

**Bekanntmachung.**

Holzverbräucher, die Holz durch Selbstwerbung nach vorheriger  
Anmeldung im Forstbüro aus dem Walde bezogen haben, werden er-  
sucht, zwecks Neuzuteilung von Holz sich am Mittwoch, dem 16. und  
Donnerstag, dem 17. d. Mts., mit der Ortskohlenstelle in Verbindung  
zu setzen.  
Köslin, den 15. Juli 1919.

**Aufgebot.**

Der Rentner - frühere Bauerhofsbesitzer - Ferdinand  
Holznagel in Sorenbohm (früher in Wolfsbagen) hat das Aufge-  
bot der nachbezeichneten zwei Grundschuldbriefe über im Grund-  
buch von Wolfsbagen Band 1 Blatt Nr. 2 in Abt. 3 unter Nr. 6  
für den Bauerhofsbesitzer Ferdinand Holznagel in Wolfsbagen  
eingetragene Teilposten von 4000 Mark und 7000 Mark, zusam-  
men 11000 Mark, Grundschulden beantragt:

1. Des von dem Amtsgericht (Grundbuchamt) in Köslin erteilten  
Stammbriefes vom 15. Juni 1909 über ursprünglich  
20000 Mark Darlehenshypothek des Rentners Gustav Leh in Bel-  
gard a. Pers., von denen zunächst 7000 Mark Teilhypothek der  
Frau Bertha Leh geb. Schulz in Belgard als Zessionarin, unter  
Bildung eines Teilhypothekenbriefes durch den Notar Justizrat  
Koeppel in Belgard, am 13. Oktober 1909 abgezwiegt und umge-  
schrieben und demnach nach Umwandlung der 19000 Mark Rest-  
hypothek in eine Eigentümergrundschuld des Ferdinand Holznagel,  
am 11. Juli 1910 9000 Mark Teilbetrag, unter Umwand-  
lung in eine Hypothek, auf die Kreisparafse zu Köslin, als  
Zessionarin umgeschrieben worden sind, sodas der Stammbrief  
noch über 4000 Mark Grundschuld des Ferdinand Holznagel  
lautet.

2. Des von dem Notar Justizrat Koeppel in Belgard über die  
an Frau Bertha Leh geb. Schulz in Belgard abgetretenen, auf sie  
am 13. Oktober 1909 im Grundbuch umgeschriebenen 7000 Mark  
Hypothek hergeleiteten, nunmehr nach Umwandlung dieser Teil-  
post in eine Eigentümergrundschuld des Ferdinand Holznagel  
laut Umschreibung vom 11. Juli 1910 über 7000 Mark Teilgrund-  
schuld des Ferdinand Holznagel lautenden Teilgrundschuldbriefes.

Der Inhaber der Urkunden wird aufgefordert, spätestens  
in dem auf den 20. Dezember 1919, 12 Uhr mittags, vor dem un-  
terzeichneten Gericht (Zimmer 46) anberaumten Aufgebotsstermine  
seine Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigen-  
falls die Kraftlosklärung der Urkunden erfolgen wird.  
Köslin, den 9. Juli 1919.

**Aufgebot.**

Die nachbezeichneten Personen:

1. Frau Bertha Görs geb. Boldt in Jeweln (Kreis Köslin),
2. Frau Marie Rönneberg geb. Boldt in Rentkolla, Wilden-  
bruchstraße 68,
3. die verwitwete Frau Martha Veröls geb. Boldt in Bews-  
lin (Kreis Köslin)

haben beantragt, ihren verschollenen Vater, den am 23. März  
1855 in Kretzmin (Kreis Köslin), geborenen, zuletzt in Konkow  
(Kreis Köslin), wohnhaft gemessenen, früheren Eigentümer  
Theodor, Eduard, Christian Boldt für tot zu erklären.  
Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens  
in dem auf den 27. März 1920, mittags 12 Uhr, vor dem un-  
terzeichneten Gericht, Zimmer 46, anberaumten Aufgebotsstermine  
zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.  
An Alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Ver-  
schollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätes-  
tens im Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen.  
Köslin, den 9. Juli 1919.

**Land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeber-**

**verband im Kreise Köslin**

**Generalversammlung**

am Mittwoch, den 16. Juli, nachm. 3 Uhr im Kösliner Klub.

Tagesordnung:  
Lariprotar. Neuwahl und ev. Auflösung.  
Vollzähliges Erscheinen notwendig.

**Bekanntmachung.**

**Schwarzbach-Regulierungs-Genossenschaft.**  
Die diesjährige Schau der genossenschaftlichen Anlagen findet am  
Freitag, dem 25. Juli d. Js., statt und beginnt vormittags 8 Uhr am  
der Chanzseebrücke bei Gieslow.  
Der Vorstand.

**Bekanntmachung.**

**Kadoskebach-Regulierungs-Genossenschaft.**  
Die diesjährige Schau der genossenschaftlichen Anlagen findet am  
Montag, dem 28. Juli d. Js., statt und beginnt vormittags 9 Uhr beim  
Bahnhof Kretzmin, etwa eine Stunde später die Schau am Konkow-  
Bach bei der Schmiede in Konkow.  
Der Vorstand.

**Kammer- Lichtspiele.**

Dienstag, den 15., bis Donnerstag, den 17. Juli 1919.  
Kassendöffnung 1/2 8 Uhr. Beginn pünktlich 1/2 8 Uhr.

**Dalles und Liebe.**

Lustspiel in 3 Akten mit Grete Weiseler.  
Heute und folgende Tage:  
Persönliches Auftreten des nordischen Filmschauspielers  
und Sängers

**Herrn Hans Waldorf.**

Ein Lied aus dem Leben: Gesangseinlage:  
Ich blieb stets fest, ich habe nie geweint.

**Das Brandmal.**

Kriminaldrama in 4 Akten mit Gerd Nissen.  
Zum Schluß: Herr Hans Waldorf.

**Vater geh - verzeihe mir.**

Ein Lied aus der Gesellschaft: Gesangseinlage:  
Gewöhnliche Preise.

**Bestellungen auf Gänse**

werden nur noch bis Mittwoch nachmittag ange-  
nommen.

**Kösliner Viehverwertungs-Genossenschaft.**

**Freibank.**

Mittwoch, den 16. d. Mts., von  
8,30 bis 10,00 Uhr Abgabe an  
Nr. 1441 bis 1578.  
Die Schlachthofdirektion.

**Jagdverpachtung.**

Mittwoch, den 30. d. Mts., nach-  
mittags 6 Uhr, werde ich im Gast-  
hause die Jagd auf der Dornower  
Feldmark in zwei Jagdbezirken  
öffentlich verpachten. Bedingungen  
werden im Termin bekannt gemacht.  
Der Jagdvorsteher.  
Priebe.

**Schließe meine Praxis**

bis 14. August.  
Beginn der Sprechstun-  
den 15. August.

**Zahnarzt Goerke.**

Ich bin an das Fernprechet  
unter

**Nr. 591**

angeflossen.  
**Carl Kiewe,**  
Klempnermeister,  
Kleine Baustraße 13.

**Maschinenöle**

Zentrifugenöle  
Treibriemensett  
empfehl  
**Kurt Groß**  
Köslin  
Bergstr. 2. Tel. 130

**Lebende Krebse**

empfehl G. Moutonx.  
Interessante Bücher  
Verzeichnisse gratis und franco.  
Aftoverlag München 23/116.

**Kleiderstrank**

klein. Format,  
mit größerem  
zu vertauschen oder zu kaufen ge-  
sucht.  
Neuetorstr. 5.

**Geld**

in jeder Höhe  
monat. Rückzahlung  
verleihen sofort  
G. Blume & Co., Hamburg 5.

**Nr. 181 hat gewonnen.**

E. Heinjus, Bergstr.

**Corsets**

Orthopädische  
gen  
für ma  
wachsene, Schin den  
Heftung in hochziehen.  
Vollendung in 7  
Bruchbänder  
anatomisch nachrnte  
dem Körper geformt  
beitet, kein lästigen  
Druck, auch in den  
schwersten Fällen inner  
Leibbinden  
Verwendungs-  
Zweck.  
us y  
wirkt  
nd

**W. Frit, Neuetorstr.**

**Maschinenöle**

für alle Motore empfehl  
**J. Nowak, Drogerie.**

Verkaufe ein sehr gut erhaltenes  
Mahagonibüffel, einen Grand  
(mit Segeltuch bezogen). Best  
bis 9 Uhr früh und von 1-6  
nachm. Danzigstr. 7.

**Rechnungen**

in verschiedenen Größen,  
**Quittungen**

**Mitteilungen**

**Post-Ausflebe-**

**Begleit-Adressen**

in Blocks  
Liefert  
die Geschäftsstelle der  
„Fürstentümer Zeitung“  
A.-G.  
Köslin, Bergstraße 26.

**Kösliner**

**Veranstaltungen.**

Dienstag, den 15. Juli.  
D. S. V. abends 8 Uhr Versamm-  
lung bei Hameyer.

Turnverein, Ueben der Alters-  
Frauen- und Sportabteilung  
7,30 Uhr auf dem Spiel-  
platz.  
Mortischstraße.

Mittwoch, den 16. Juli.  
Land- und forstwirtschaftlicher  
Arbeitgeberverband, nachm. 3  
Generalversammlung im Kösliner  
Klub.